

Antrag 123/II/2025**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verwaltungsreform weiterdenken — Verwaltung stärken, Klimawende sozial gestalten**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
 2 nats sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Berli-
 3 ner Abgeordnetenhauses dazu auf, folgende Maßnahmen
 4 umzusetzen, um die Berliner Senats- und Bezirksverwal-
 5 tungen sowie die landeseigenen Unternehmen zu befä-
 6 higen, die gesetzlich festgeschriebenen Maßnahmen zur
 7 Klimawende zügig und effizient zu operationalisieren.

8

9

10

11

12

13 Konkrete Forderungen

14 1. Zentrale Beschaffung – landesweite Vergabebündel
 15 für klimagerechte Beschaffung

- 16 • Aufbau einer zentralen Beschaffungsstelle des
 17 Landes und der Bezirke (Sammelbestellverfah-
 18 ren / Landesbeschaffungsstelle) für alle Se-
 19 natsverwaltungen und Bezirke für den Einkauf
 20 von klimawirksamen Gütern und klimasensi-
 21 tiven Dienstleistungen (kann und sollte auch auf
 22 andere Güter und Dienstleistungen erweitert
 23 werden).

- 24 • Einführung verbindlicher Nachhaltigkeits- und
 25 CO₂-Kriterien in allen Vergabeverfahren (Le-
 26 benszyklusbetrachtung, Sozialkriterien, faire
 27 Arbeitsbedingungen, globale Nachhaltigkeits-
 28 ziele (SDGs)).

29 2. Mehr Autonomie für Bezirke bei Zielen, mehr Ver-
 30 antwortung für Umsetzung

- 31 • Einführung eines Rahmens für klimarelevante
 32 Zielvorgaben auf Landesebene (z.B. Emissions-
 33 rahmen, Flächenziele für Grün/Versickerung,
 34 Mobilitätsziele), innerhalb dessen die Bezirke
 35 eigenverantwortliche, auf lokale Verhältnisse
 36 zugeschnittene Maßnahmen planen und prio-
 37 risieren, da die Bezirke teils stark unterschied-
 38 lichen Herausforderungen gegenüberstehen.

- 39 • Bereitstellung eines flexiblen Klimafonds auf
 40 Landesebene mit einer klaren Komponente für
 41 benachteiligte und stark versiegelte Bezirke
 42 (soziale Ausgleichsregelungen).

- 43 • Vergabe von Fördermitteln entbürokratisieren,
 44 beschleunigen und sicherstellen, dass Geld
 45 von der Landes- an die Bezirksebene ohne die
 46 Beteiligung externer und teurer Dienstleister
 47 (wie etwa bei BENE 2) weitergegeben wird.

48 3. Organisation: Lösungen vor Prozesse — Fehlerkultur

- 49 und Delegation
- 50 • Kulturelle Neuausrichtung hin zu einer Fehler-
51 toleranz, die Pilotieren, Experimentieren und
52 schnelles Lernen für Verwaltungsmitarbeiten-
53 de ermöglicht.
- 54 • Führungskräfteverantwortung: Führungskräfte werden verpflichtet, für innovations-
55 freundliche Rahmenbedingungen zu sorgen,
56 die Teams Fehler machen und daraus lernen
57 zu lassen (Führungskräfte-Trainings, Schutz
58 bei berechtigten Versuchen, keine pauschalen
59 Sanktionen).
- 60 • Delegation von Entscheidungsbefugnissen an
61 Mitarbeitende und Projektteams unter klaren
62 Verantwortlichkeitsregeln.
- 63 4. Arbeitsformen: flexibles Arbeiten zur Stärkung der
64 Attraktivität und Handlungsfähigkeit
- 65 • Ausbau von Homeoffice-Angeboten und mobi-
66 lem Arbeiten, Ergebnisorientierung statt Prä-
67 senzkultur.
- 68 • Investitionen in digitale Arbeits- und Kolla-
69 borationstools und strukturierte Fortbildungs-
70 programme.
- 71 5. Aufbrechen von Silos – bereichsübergreifende
72 Teams und Reallabor-Ansätze
- 73 • Einrichtung fachübergreifender Projektteams
74 (z. B. Klimaanpassung, Mobilität, Stadtgrün),
75 die ressortübergreifend befugt sind, Maßnah-
76 men zu planen und umzusetzen.
- 77 • Ausbau von Reallaboren/Experimentierparzel-
78 len in Bezirken in Kooperation mit Zivilgesell-
79 schaft, Forschung und Wirtschaft.
- 80 6. Verbindliche Beteiligung der Zivilgesellschaft
- 81 • Einführung verbindlicher Beteiligungsstan-
82 dards für klimagerechte Projekte (inkl. fröh-
83 zeitige Information, Community Benefit
84 Agreements, Beteiligungsbudgets).
- 85 • Stärkung von Nachbarschaftsaktivitäten und
86 Unterstützung lokaler Initiativen, insbesonde-
87 re in sozial benachteiligten Gebieten.
- 88 7. Paris als Vorbild nutzen – Benchmarking und Über-
89 nahme erfolgreicher Maßnahmen
- 90 • Analyse und Übernahme praxistauglicher
91 Maßnahmen aus Paris (z. B. großflächige Ver-
92 kehrsberuhigung, Schaffung von Grünachsen,
93 Ausweitung des Radnetzes, wassersensible
94 Stadtplanung), angepasst an Berliner Rah-
95 menbedingungen und soziale Anforderungen.
- 96 • Einrichtung eines „Stadtvergleichs Klima &
97 Mobilität“ mit jährlichem Bericht.
- 98 8. Gesetzliche Verankerung
- 99 • Das neue Landesorganisationsgesetz (LOG)
100 und begleitende Erlasse müssen:

102 – die zentrale Beschaffungskompetenz des
103 Landes für bestimmte Leistungsbereiche
104 rechtssicher verankern;
105 – die Pflicht zur Berücksichtigung klimapo-
106 litischer Ziele in Verwaltungentscheidun-
107 gen festschreiben;
108 – die Mitwirkung der Bezirke bei der Zielde-
109 finition und deren Gestaltungsfreiheit si-
110 chern.

111 **9. Ressourcen, Personal und Controlling**

- 112 • Sofortiger Aufbau einer ressortübergreifenden
113 Personaloffensive für Klimaschutz- und anpas-
114 sungsaufgaben (Klimateams in Bezirken, Per-
115 sonal für zentrale Beschaffung (kann ggf. aus
116 dem bestehenden Personal der Senatsverwal-
117 tungen und Bezirke zusammengezogen wer-
118 den), Projektmanager für Reallabore).
119 • Einführung eines klaren Controllingsystems
120 mit Kennzahlen für Umsetzung, Wirkung und
121 sozialer Verträglichkeit.

122 **10. Monitoring, Evaluation und Transparenz**

- 123 • Jährlicher Bericht des Senats an das Abgeord-
124 netenhaus zur Verwaltungsreform, mit beson-
125 derem Augenmerk auf Klimawende, sozialer
126 Wirkung und Verwaltungsleistung.
127 • Offene Datenplattform mit Umsetzungsstand,
128 Budgets, CO₂-Einsparungen und Beteili-
129 gungsprozessen (siehe hierzu das Klimada-
130 shboard, welches Friedrichshain-Kreuzberg
131 in Zusammenarbeit mit dem CityLab erstellt
132 hat).

133

134

135 Begründung

136 Die bereits beschlossenen strukturellen Schritte der Ver-
137 waltungsreform sind notwendig. Sie bringen klare Zu-
138 ständigkeiten und schaffen Grundlagen. Insbesondere
139 das neue Landesorganisationsgesetz, welches das Allge-
140 meine Zuständigkeitsgesetz ablöst, ist eine wichtige Etap-
141 pe hin zu klareren Zuständigkeiten und einer handlungs-
142 fähigeren Verwaltung.

143

144 Sie sind aber nur ein Baustein. Um die sozial gerechte
145 Klimawende zu schaffen, braucht es neben klaren Struk-
146 turen auch effizientes und lösungsorientiertes Manage-
147 ment von Querschnittsaufgaben (z. B. Beschaffung), loka-
148 le Freiräume bei der Zielumsetzung, eine moderne Ver-
149 waltungskultur, die Lösungen über Prozesse stellt, sowie
150 verbindliche Beteiligung und ausreichend Personal. Hier-
151 bei bietet Paris konkrete Beispiele erfolgreicher Maßnah-
152 men, die Berlin adaptieren kann.

153

154 Die bereits beschlossenen Maßnahmen der Verwaltungs-

155 reform müssen deshalb ergänzt und vor allen Dingen ope-
156 rationalisiert werden, um die Verwaltung insgesamt funk-
157 tionsfähig zu machen. Sonst kann die notwendige und so-
158 zial gerechte Klimawende in der Hauptstadt nicht erreicht
159 werden. Aus Sicht des sozialen Klimaschutzes fordern wir
160 deshalb die oben genannten Ergänzungen und Konkreti-
161 sierungen zur Verwaltungsreform, die sowohl die gesamt-
162 städtische Steuerung stärken als auch lokale Besonderhei-
163 ten und Beteiligung vor Ort ermöglichen sollen.

164

Durch die Umsetzung dieser Forderung werden Prozess-
kosten gesenkt, schnelleres Verwaltungshandeln struktu-
rell verankert, nachhaltige Lieferketten gefördert sowie
die Stadtgesellschaft gestärkt und eingebunden.

1
2
3
4